

Ein Mord verschärft Afghanistan-Debatte

Streit über Schutz der einheimischen Zivilangestellten der Bundeswehr

Berlin. Koch, Fahrer oder Dolmetscher: Die Bundeswehr hat auf ihrem Afghanistan-Feldzug viele einheimische Helfer beschäftigt. Doch zum Jahresende endet die Nato-Mission. Um die Ortskräfte vor der Rache der Taliban zu schützen, verspricht die Bundesregierung ihnen Asyl. Doch das Verfahren läuft in den Augen der Opposition zu schleppend. Ein Mordfall hat die Debatte nun neu entfacht.

Von Jens Kiffmeier

Masar-i-Scharif, 16. September 2014. Es ist helllicher Tag, als Palwasha Tokhi auf ihren Mörder trifft. Mehrfach sticht er auf die junge Afghanin ein, sie ist sofort tot. Die Blutflecken, berichten afghanische Reporter später, verteilen sich überall in der Wohnung. Von April 2008 bis September 2012 hatte die Journalistin im regionalen Medieninformationszentrum gearbeitet, das von der Bundeswehr mitfinanziert wird. Vielleicht war das ihr Fehler. Zwar hatte sie die Arbeit für die westlichen Truppen nach vier Jahren auf eigenen Wunsch beendet, um für ein Studium nach Indonesien zu gehen. Doch im Sommer 2014 war sie in die Heimat zurückgekehrt, wo das politische Klima allerdings längst noch rauer geworden war. Sie hatte in den Augen der radi-

kal-islamistischen Taliban mit dem Feind paktiert – und bekam deswegen Morddrohungen. Im August stellt sie im deutschen Feldlager eine schriftliche Gefährdungsanzeige. Sie hofft auf Ausreise nach Deutschland. Zu Recht, ihr wird eine Anhörung versprochen. Doch ihr Mörder ist schneller.

Der Fall wirft erneut ein Schlaglicht auf die Problematik bei der Aufnahme afghanischer Ortskräfte, wie die einheimischen Zivilangestellten genannt werden, die im Rahmen des Afghanistan-Feldzuges für das westliche Nato-Militärbündnis und die Entwicklungshilfeorganisationen gearbeitet haben. Allein die Bundeswehr hat – wie kürzlich berichtet – nach eigenen Angaben 1700 Helfer am Hindukusch beschäftigt – als Fahrer, Koch, Dolmetscher oder Sicherheitskraft. Weil die Isaf-Mission zum Jahresende ausläuft, fürchten viele nun mit dem Abzug ihrer Schutzmacht die Rache der Taliban. Seit Herbst 2013 bietet Deutschland den Helfern deshalb ein gesondertes Asylverfahren an. Ortskräfte, die über einen schriftlichen Antrag und bei einer Überprüfung vor Ort eine „latente“ oder „konkrete“ Gefährdung glaubhaft machen, können in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erhalten. Ein Großteil der Anträge wird derzeit aber abgelehnt (siehe Artikel unten).

Seit Monaten kritisiert die Opposition das Verfahren jedoch als zu bürokratisch

und zu langsam. Der Fall Tokhi hat die Debatte nun neu entfacht. Vorwürfe, wonach die Bundesregierung wegen des schleppenden Verfahrens bei der Bearbeitung der Asylanträge eine indirekte Mitschuld treffe, weist das Bundesinnenministerium allerdings zurück: „Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass die Ermordung von Frau Palwasha Tokhi im Zusammenhang mit ihrer vor zwei Jahren beendeten Tätigkeit als afghanische Ortskraft der Bundeswehr steht“, heißt es in einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten Luise Amtsberg.

Die Behörde bezieht sich dabei auf Ermittlungsergebnisse der afghanischen Polizei, die kürzlich einen Tatverdächtigen festgenommen hatte. Demnach habe die Tat einen privaten und kriminellen Hintergrund. Der Täter, offensichtlich ein Ex-Angestellter in der Firma von Tokhis Vater, sei mit „räuberischer Absicht“ in die Wohnung eingebrochen und habe dann die „Kontrolle



„Nicht schnell genug“: Luise Amtsberg (Grüne) kritisiert Unzulänglichkeiten bei den Aufnahmeverfahren des Bundes.

Patenschaften sollen Ausgereisten helfen

Kiel/Berlin. Die Aufnahme afghanischer Ortskräfte in Deutschland sorgt seit Monaten für Streit zwischen Bundesregierung und Opposition. Nun hat das Innenministerium reagiert und ein Patenschaftsprogramm gestartet. Das geht aus einer Antwort der Behörde auf eine schriftliche Anfrage der Grünen hervor, die uns vorliegt. Bei dem Projekt sollen sich Ex-Mitarbeiter der deutschen Polizeimission am Hindukusch um die Ortskräfte kümmern und ihnen beim Eingewöhnen in Deutschland helfen. Bisher sollen sich 121 Paten zur Verfügung gestellt haben. Beim Verteidigungsministerium prüfe man ein ähnliches Programm, heißt es in dem Papier. Den Grünen geht das alles nicht weit genug. Sie werfen der Regierung weiterhin Untätigkeit vor.

Aus Sicht der Opposition wird nach wie vor zu wenigen Ortskräften, die sich durch ihre Arbeit für deutsche Organisationen bedroht sehen und aus Afghanistan ausreisen wollen, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Allein die Bundeswehr hat für ihre Mission 1700 Ortskräfte beschäftigt. Seit Herbst 2013 bietet die Bundesregierung den Helfern ein gesondertes Asylverfah-

ren. Wie kürzlich berichtet, stellten laut Verteidigungsministerium bis September 1082 Ortskräfte einen Antrag, von denen nur 388 bewilligt wurden. 172 Ortskräfte mit 386 Angehörigen reisten nach Deutschland ein, davon 26 nach Schleswig-Holstein. Dabei behandelt die Regierung afghanische Mitarbeiter offenbar ungleich. So soll etwa die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit ihre lokalen Mitarbeiter von Ausreiseanträgen abgeraten haben, berichtete die „Süddeutsche Zeitung“.

Der Ex-Wehrbeauftragte Reinhold Robbe (SPD) bezeichnete den Umgang mit Ortskräften als „beschämend“ und „unseres Landes unwürdig“. Die schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete Luise Amtsberg fordert die Regierung auf, die „restriktive und bisweilen willkürliche Entscheidungspraxis zu ändern“. Es sei „völlig inakzeptabel“, dass Schwarzrot stärkeres Engagement verweigere. Die Bundeswehr verfüge über ausreichend Infrastruktur, um die Integration in Deutschland besser zu unterstützen. jkf



Ein Feldjäger bildet in Feisabad ein Mitglied der Afghan National Police aus. Doch können sich die Einheimischen nach dem Abzug der Bundeswehr selbst gegen die Taliban schützen? Fotos dpa

verloren“, heißt es in dem Papier, das unserer Zeitung vorliegt.

Doch ob privater oder politischer Hintergrund – für die Grünen ist der Fall Tokhi symptomatisch und Beweis

genug für die Unzulänglichkeiten des bisherigen Aufnahmeverfahrens für die Ortskräfte. Die Bundesregierung streite zwar eine Beteiligung der Taliban ab, sagt Luise Amtsberg. „Der Vorfall zeigt

dennoch“, fügt sie hinzu, „dass das Einzelverfahren bei einer Gefährdung nicht schnell genug Schutz schafft, da Frau Tokhi bereits einen Monat zuvor ihre Gefährdung bei der Bundeswehr angezeigt hatte.“

Radio NORA

Sommer Open Air 2015

Sa., 04. Juli in Eckernförde

Am Südstrand · Beginn 17 Uhr · Einlass 16 Uhr

Bonnie Tyler · Kim Wilde

Hot Chocolate · Albert Hammond

Chris Thompson (Ex-Manfred Mann's Earth Band)

... moderiert von
den Radio NORA
Guten-Morgen-Machern

RadioNORA.de

Sichern Sie sich schon
jetzt Ihre Tickets!

Infos zu unseren Frühbucher-
Angeboten auf RadioNORA.de